

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK NIEDERSACHSEN 2 | 2018

POSITIONEN

EINE WELT IN NIEDERSACHSEN



FLUCHT UND MIGRATION

Wie die Politik Fluchtursachen bekämpft

Migrationsmanagement mit Afrika

Menschenrechte für alle!

Liebe Leser*innen,



bereits 2016 befassten wir uns in einer Ausgabe der VEN-Positionen mit dem Thema Flucht. Was hat sich seitdem getan? Einerseits rückte im politischen Diskurs die notwendige Bekämpfung von Fluchtursachen in den Blick. Mehr noch, sie wurde zum Argument für eine Erhöhung der Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit und Grundlage für neue Kooperationen, z. B. mit afrikanischen Ländern. Andererseits werden mit europäischen Entwicklungsgeldern autoritäre Regime beim Aufbau von Grenz-



kontrollen unterstützt. Die Seenotrettung im Mittelmeer wird zunehmend kriminalisiert. Gleichzeitig ist die öffentliche Debatte über Migration und Flucht von permanenten verbalen Grenzüberschreitungen und einer zunehmenden Verrohung geprägt.

Aber hat sich im Sinne der Fluchtursachenbekämpfung nun tatsächlich die Politik verändert? In der Handels- oder Klimapolitik zum Beispiel? Geht es wirklich um die Bekämpfung von Ursachen von Flucht und Migration oder vielmehr um das Aufhalten von Migrant*innen und Flüchtenden vor den Toren Europas? Mit dieser Ausgabe der VEN-Positionen wollen wir diesen Fragen nachgehen. Die Beiträge der unterschiedlichen Autor*innen werfen Schlaglichter auf die aktuelle, politisch brisante Diskussion. Unsere eigenen Positionen als VEN sowie die beispielhaften Aktivitäten der entwicklungspolitischen Gruppen stellen den Bezug zu uns in Niedersachsen her.

Auch wenn die Landesmittel für die Bekämpfung von Fluchtursachen 2019 deutlich zurückgefahren werden, und der Runde Tisch „Fluchtursachen bekämpfen“ von

der neuen Landesregierung bislang nicht fortgesetzt wurde, hoffen wir, dass die Diskussion um Fluchtursachen auch in Niedersachsen weitergeführt wird. Genauso vielschichtig wie Fluchtursachen sind die Auswirkungen unserer Politik, unserer Konsumgewohnheiten und unserer Produktionsweisen auf den Globalen Süden. Dies stärker in den Blick zu nehmen, ja eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, das ist die Chance, die in der medialen Aufmerksamkeit für das Thema liegt. Auch wenn es in der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft nicht leichter wird, für ein solidarisches Miteinander der Menschen in der Einen Welt einzustehen, mit dieser Positionen möchten wir Sie genau darin bestärken.

Wie wichtig Ihr Engagement ist, zeigt sich gerade in diesen Tagen. Die Diskussionen um den jetzt in Marrakesh verabschiedeten UN-Migrationspakt verdeutlichen, wie wenig selbstverständlich es ist, dass Staaten sich in die Pflicht nehmen lassen, in Fragen der Migration stärker zusammenzuarbeiten und die Menschenrechte von Migrant*innen zu schützen. Die USA und mehrere europäische Länder werden den Pakt vorerst nicht unterschreiben. In Belgien entzweite sich sogar die Regierungskoalition über diese Frage, und auch in Deutschland schlugen die Wellen der politischen Debatte und der Berichterstattung hoch. Umso wichtiger, dass wir deutlich machen: Menschenrechte müssen für alle gelten!

Eine anregende Lektüre wünschen

Antje Edler und Muriel Hermann

POSITIONEN



VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN e.V.



Niedersachsen **entwickeln**
für Eine Welt

Herausgeber Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V., Hausmannstr. 9 - 10, 30159 Hannover, Tel. 0511-391650, info@ven-nds.de, www.ven-nds.de **Redaktionsteam** Nico Beckert, Hilke Brandy, Antje Edler, Nina Gawol, Noreen Hirschfeld, Inna Jungmann, Marion Rolle **Bilder** JANUN e.V., JANUN Lüneburg e.V., Eine Welt-Promotor*innen-Programm der Region Lüneburg, Zeichnung Markus Wende (Titel), djvstock/vectorstock.com (4), A. Lemke (6), Serge Palasie (8), klavapuk/vectorstock.com (10), Chris Grodotzki/Sea-Watch.org (12), L. Hoffmann/Sea-Watch.org (Porträt, 12), commons.wikimedia.org (18), Peer Leader (18), Seebrücke Hannover (19), Citizen Diplomats for Syria (19), Ibis e.V. (19) **Grafik** 24zwoelf.de **Druck** auf Recyclingpapier
Auflage 750 **Hannover** Dezember 2018

Gefördert durch das Land Niedersachsen



DARUM GEHT ES

- 4** Solidarität statt Konkurrenz:
Wider die Politik mit der Angst
Thomas Gebauer, medico international

„FLUCHTURSACHENBEKÄMPFUNG“ IN PRAXIS?

- 6** Gelder, Projekte und Auswirkungen
europäischer Migrationspolitik nach 2015
Dr. Inken Bartels, Universität Osnabrück

HERAUS AUS DEM SCHATTEN

- 8** Koloniale Vorgeschichte aktueller
Flucht- und Migrationsbewegungen
am Beispiel Afrikas
Serge Palasie, Eine Welt-Netz NRW

PARTNERSCHAFT AUF AUGENHÖHE?

- 10** Afrika endlich ernst nehmen!
Prof. Dr. Robert Kappel, Nico Beckert

INTERVIEW ÜBER SEENOTRETTUNG

- 12** Was richtig und was wichtig ist ...
Pia Klemp, Sea-Watch

GEHT DIE RECHNUNG AUF?

- 16** ‚Fluchtursachenbekämpfung‘
mit Entwicklungszusammenarbeit
Dr. Benjamin Schraven, Deutsches Institut
für Entwicklungspolitik

VEN POSITION

- 17** Sturmfestes Niedersachsen?

ENGAGEMENT!

- 18** 70 Jahre! Menschenrechte für alle!



DARUM GEHT ES

Solidarität statt Konkurrenz: Wider die Politik mit der Angst

Thomas Gebauer, medico international

Zum bedauerlichen Zustand gegenwärtiger Politik gehört, dass sie immer wieder erstaunt auf Krisen reagiert, die sie zuvor selbst befördert hat. Exemplarisch kommt dies in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ zum Ausdruck, die keineswegs die „Mutter aller Probleme“ ist, sondern die Folge einer Politik, an der auch Leute wie Horst Seehofer maßgeblichen Anteil haben. Wie der Klimawandel, die anhaltende Finanzkrise, der Hunger und die vielen kriegszerstörerischen Konflikte, die heute allerorten für Verheerungen sorgen, ist auch die weltweite Migration nicht vom Himmel gefallen.

Die vielen Millionen Menschen, die sich auf den Weg gemacht haben, verweisen auf eine Krise, die viel umfassender ist und viel tiefer reicht. Sie verweisen auf globale Verhältnisse, in denen die Belange von Mensch und Natur nichts gelten, wenn sie in den Konflikt mit partikularen ökonomischen und machtpolitischen Interessen geraten.

Im Zuge der Einbeziehung noch des letzten Winkels der Erde in einen kapitalistisch geprägten Weltmarkt – wir nennen das mitunter Globalisierung –, ist die Welt zu einem höchst unsicheren Ort geworden. Die Lage ist heute so prekär, dass inzwischen selbst das Davoser Weltwirtschaftsforum, in dem die Macher der marktradikalen Umgestaltung der Welt all-

jährlich zusammenkommen, eingestehen musste, dass die soziale Verunsicherung von Menschen zum Weltrisiko Nummer 1 geworden ist.

Soziale Verunsicherung – übersetzt heißt das ein Leben in zunehmender Bedeutungs- und Perspektivlosigkeit, bedroht von den Folgen einer umweltschädigen Produktionsweise, die auch hierzulande nicht mehr zu leugnen sind, bedroht von einer rasant voranschreitenden technologischen Entwicklung, die den Menschen kaum noch nutzt, sie aber zunehmend nutzlos macht, bedroht auch von Sozialabbau, der zu immer offensichtlicher werdenden gesellschaftlichen Auslösungserscheinungen führt.

Für einen Großteil der Weltbevölkerung brachte die globale Entfesselung des Kapitalismus nicht ein Mehr an Wohlstand und Freiheit, sondern Marginalisierung und Vogelfreiheit. Auch in den privilegierten Ländern des Nordens macht sich Unbehagen breit, auch hier wächst die Verunsicherung und mit ihr das Bedürfnis nach Sicherheit.

Und aus Ängsten lässt sich bekanntlich Kapital schlagen. Ängste haben nicht nur der Sicherheitsindustrie einen Boom beschert, sondern treiben die Leute auch in die Hände von Politiker*innen, die Lösungen durch wehrhafte Abschottung und rückwärtsgewandte Nationalismen versprechen. Sündenböcke, die für alle Probleme der Welt verantwortlich sein sollen, sind schnell präsentiert. Die Fremden, die Flüchtlinge, die Obdachlosen und Sozialhilfeempfänger*innen. Mit dem Tritt nach unten lässt sich die am eigenen Leib erfahrene Angst wieder in Stärke verwandeln.

Der Verlust an Menschlichkeit, der mit Ausgrenzung und rassistischen Überhöhungen einhergeht, aber hat gravierende Folgen. Die Verrohung der Sitten, die Aufkündigung des Respekts gegenüber dem Anderssein der Anderen, die Gewöhnung daran, dass die Würde der Menschen offenbar doch angetastet werden kann – all das sichert nicht das friedliche Zusammenleben von Menschen, sondern nur das bestehende Unrecht. Die Mauern, die nach außen gezogen werden, wirken auch nach innen. Die vermeintliche Sicherheit führt geradewegs in den Abgrund. Der Traum absoluter Sicherheit, so der in Südafrika lebende Philosoph Achille Mbembe, meint nicht nur Überwachung, sondern auch Säuberung.

Unter solchen Umständen verwundert es nicht, wenn die an sich gute Idee der Bekämpfung von Fluchtursachen ins Gerede gekommen ist. Immer deutlicher wird, dass oftmals nicht die Bekämpfung der Ursachen auf der politischen Tagesordnung steht, sondern die Bekämpfung der Flucht, genauer: der Flüchtlinge. Auch das Entwicklungshilfeministerium engagiert sich inzwischen in der Rückführung von Menschen,

die hier Schutz gesucht haben. 150 Mio. Euro stehen bis 2020 für ein Programm zur Verfügung, das sich „Perspektive Heimat“ nennt. „Heimat“ an allen Fronten.

In den Augen der Leute im Süden ist der Begriff Fluchtursachenbekämpfung heute derart kontaminiert, dass wir lieber auf ihn verzichten und von dem sprechen sollten, was die Flucht von Menschen antreibt: die Zerstörung von Lebensgrundlagen im Zuge der voranschreitenden ökonomischen

und machtpolitischen Durchdringung aller Sphären des Lebens. Um dieser Entwicklung entschlossen entgegenzutreten zu können, bedarf es einer alternativen Idee von Gesellschaftlichkeit. So wichtig es ist, Menschen auf der Flucht beizustehen, ihnen Schutz und Hilfestellungen gegen Ausgrenzung und rassistische Übergriffe zu geben, so notwendig ist die Entfaltung eines neuen Internationalismus, der mit einer sozial und ökologisch gerechten Gestaltung der globalen Verhältnisse Ernst macht. Dabei wird

es auch notwendig sein, jene imperiale Lebensweise anzugehen, die wir im Norden auf Kosten der Menschen im Süden führen.

Ohne einen Bruch mit den Idealen der kapitalistischen Lebensform wird die Verwirklichung menschenwürdiger Lebensbedingungen nicht gelingen. Menschlichkeit, Mitgefühl und Solidarität vertragen sich nicht mit den herrschenden Maßgaben von Verwertbarkeit, Konkurrenz und Sicherheit. Einer Sicherheit, die immer nur eine partikulare und andere ausschließende Sicherheit ist.

Ohne einen Bruch mit den Idealen der kapitalistischen Lebensform wird die Verwirklichung menschenwürdiger Lebensbedingungen nicht gelingen. Menschlichkeit, Mitgefühl und Solidarität vertragen sich nicht mit den herrschenden Maßgaben von Verwertbarkeit, Konkurrenz und Sicherheit.



Thomas Gebauer ist seit 1996 Geschäftsführer von *medico international*. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Fragen der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik und die sozialen Bedingungen globaler Gesundheit.



HILFE? HILFE! WEGE AUS DER GLOBALEN KRISE

Thomas Gebauer und der Schriftsteller Ilija Trojanow beleuchten in dem Buch verschiedene Ansätze von Hilfe u.a. in Pakistan, Kenia, Sierra Leone und Guatemala. Sie zeigen, was funktioniert und was nicht: Von der Wohltätigkeit der Superreichen, über staatliche Unterstützungsprojekte bis hin zu beeindruckenden lokalen Initiativen. Erschienen im Fischer-Verlag, 256 S., 15 €



Die Plakatkampagne „Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt“ des BMI richtet sich an Personen, die möglicherweise ausreisepflichtig sind. Sie sollen zu einer freiwilligen Rückkehr motiviert werden. Das Budget der Kampagne beträgt 500.000 Euro. Hier ist auch eine Gegenkampagne zu sehen.

„FLUCHTURSACHENBEKÄMPFUNG“ IN PRAXIS?

Gelder, Projekte und Auswirkungen europäischer Migrationspolitik nach 2015

„Fluchtursachenbekämpfung“ ist in den letzten Jahren zum Schlagwort europäischer Migrations- und Flüchtlingspolitik geworden. Im Sommer 2015 rückten Flucht- und Migrationsbewegungen nach Europa in den Mittelpunkt europäischer Politik und Öffentlichkeit – nicht zuletzt wegen steigender Todeszahlen bei den Versuchen europäisches Territorium zu erreichen. In der Folge suchten die EU und ihre Mitgliedsstaaten nach neuen Mitteln und Wegen diese zukünftig zu unterbinden. Die Kooperation mit Transit- und Herkunftsstaaten wurde dabei als zentral erachtet, um die Ursachen von Flucht und irregulärer Migration außerhalb Europas zu bekämpfen. Der afrikanische Kontinent rückte so zunehmend in den Fokus migrationspolitischer Externalisierungsbestrebungen der EU.

Doch welche Folgen hatte der sich schnell verbreitende und vielstimmige Diskurs der Fluchtursachenbekämpfung auf die politische Praxis der EU? Wie sollen die Ursachen von irregu-

lärer Migration – denn um diese geht es bei der sogenannten Fluchtursachenbekämpfung meistens – konkret bekämpft werden? Und welche Auswirkungen haben die unzähligen neuen Gelder und Projekte mit diesem Ziel auf Migrationsprozesse in den Transit- und Herkunftsstaaten?

Europa wirbt für migrationspolitische Kooperationen

Im November 2015 lud der Europäische Rat europäische und afrikanische Staatschefs zu einem Migrationsgipfel nach La Valletta auf Malta ein, um sie für eine bessere migrationspolitische Kooperation zu gewinnen. Nach zähen Verhandlungen einigten sich die Staatschefs am Ende auf fünf Ziele zukünftiger Zusammenarbeit: Darunter die Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung; die Bekämpfung irregulärer Migration, der sogenannten Schleu-

sung von Migrant*innen und des Menschenhandels; die Verbesserung von Schutz und humanitärer Hilfe für Menschen auf der Flucht; die Zusammenarbeit bei der Rückführung und Rücknahme und schließlich die Förderung legaler Migrationsmöglichkeiten.

Die EU richtete im Anschluss ein neues Finanzierungsinstrument ein, den Nothilfe Treuhandfonds für Afrika (EUTF), mit dessen Hilfe die verabschiedeten Ziele umgesetzt werden sollten. Die bis Ende 2018 zugesagten Mittel in Höhe von 4,1 Mrd. Euro stammen dabei überwiegend aus entwicklungspolitischen Fonds des EU Haushalts. Ein Großteil dieser Gelder geht an Internationale Organisationen wie die GIZ und europäische Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Innerhalb von fünf Jahren sollen sie laut EU Kommission diverse Projekte zur „Förderung von wirtschaftlichen Möglichkeiten, Chancengleichheit, Sicherheit und Entwicklung“ durchführen. Ziel ist es somit, die „Ursachen von Destabilisierung, Zwangsvertreibung und irregulärer Migration“ in 28 afrikanischen Partnerländern, die als „stark von Migration betroffen“ gelten, zu bekämpfen. Mit diesem neuen Finanzierungsinstrument stellt die EU Gelder sowie Akteure aus der EZ, die ursprünglich die Reduzierung von Armut zum Ziel hatten, in den Dienst aktueller migrationspolitischer Externalisierung.

Bei näherer Betrachtung der detaillierten Projektbeschreibungen auf der offiziellen EUTF-Website wird deutlich, was nach der Hälfte der Laufzeit konkret mit den 4,1 Mrd. Euro gefördert wird: Über die Hälfte der Gelder wird für Projekte ausgegeben, die die Bekämpfung von Ursachen irregulärer Migration und Vertreibung zum Ziel haben. Außerdem werden Projekte, die irreguläre Migration, die „Schleusung“ von Migrant*innen und Menschenhandel bekämpfen (20%) und den Schutz und humanitäre Hilfe für Menschen auf der Flucht verbessern sollen (16%) gefördert. Knapp ein Zehntel wird für die Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Rückführung von Migrant*innen aus Europa bereitgestellt. Die Projekte in diesem Bereich sollen Migrant*innen aus Transitstaaten wie Libyen oder Niger zurückführen und sie bei der Reintegration in ihren Herkunftsländern unterstützen.

Unterstützung wird künftig an Rücknahmebereitschaft gekoppelt

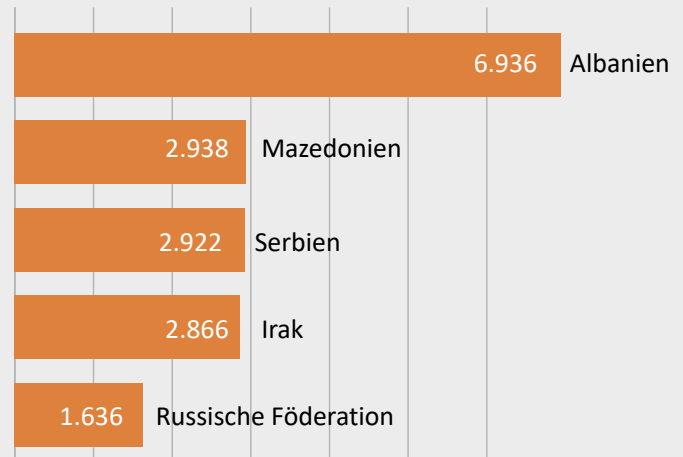
Neuerdings wird zudem versucht, in Kampagnen über die Gefahren irregulärer Migration aufzuklären. Auch der Aufbau staatlicher Unterstützungsstrukturen in diesem Bereich ist in vielen Projekten vorgesehen. Die afrikanischen Staaten haben traditionell wenig Interesse gezeigt, ihre Staatsbürger*innen aus Europa wieder aufzunehmen und entzogen sich trotz des jahrelangen Drucks recht erfolgreich europäischen Rückführungsbestrebungen. Um dies zu ändern, wollen die EU und ihre Mitgliedsstaaten, neben den 300 Mio. Euro für Rückführungsprojekte aus dem EUTF, zukünftig auch ihre (finanzielle) Unterstützung für afrikanische Staaten in anderen Politikbereichen an die Kooperation bei der Rücknahme von Migrant*innen aus Europa koppeln.

Vertreter*innen afrikanischer Staaten versprechen sich von der Kooperation mit der EU und europäischen Staaten vor allem die Verbesserung legaler Migrationsmöglichkeiten, nicht zuletzt wegen der stetig wachsenden Bedeutung von Rücküberweisungen ihrer Staatsbürger*innen aus Europa. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Gesamtheit der Gelder, die weltweit von Migrant*innen in ihre Herkunftsländer zurücküberwiesen wird, laut Weltbank höher als die Gesamtsumme an Entwicklungshilfegeldern. In kleinen Ländern wie Gambia und Liberia machen Rücküberweisungen heute 20 bis 30 Prozent des BIPs aus. Der aktuelle Fokus europäischer

Die fünf häufigsten Rückkehrländer 2017

29.522 Personen reisten 2017 aus Deutschland aus.

Datenquelle: IOM, REAG/GARP



Migrationspolitik auf die Verhinderung von Migration lässt damit außer Acht, dass Migration in vielen afrikanischen Ländern eine wichtige ökonomische Strategie im Umgang mit Armut ist. So werden von den 4,1 Mrd. Euro der EUTF Gelder lediglich ein Prozent für die Förderung von legaler Migration ausgegeben.

EU-Politik behindert Bestrebungen regionaler Freizügigkeit

Die aktuellen europäischen Versuche grenzüberschreitende Migration bereits in den Herkunftsregionen zu unterbinden, verkennen die Vielfalt, Tradition und Bedeutung innerafrikanischer Migrationsprozesse, die sich, wie etwa saisonale Migration in der Landwirtschaft, Handelsreisen und Bildungsmobilität in Westafrika, selten an die aus der Kolonialzeit stammenden Staatsgrenzen halten. Während etwa zwei Drittel afrikanischer Migrationsbewegungen innerhalb des Kontinents stattfinden, fokussiert die europäische Migrationspolitik ihre Gelder und Projekte auf die Routen nach Europa. Sie erschwert mit ihrer auf Restriktionen ausgerichteten Förderung den grenzüberschreitenden Verkehr und Austausch zwischen afrikanischen Staaten auch dort, wo sich diese eigentlich für regionale Freizügigkeit ihrer Staatsbürger*innen einsetzen wie in der westafrikanischen ECOWAS Region. So zeigt die konkrete Umsetzung der aktuellen europäischen Migrationspolitik durch die Förderung des EUTFs, wie im Namen der Fluchtursachenbekämpfung in erster Linie Migration von Afrika nach Europa verhindert werden soll. Die Interessen afrikanischer Staaten und Bevölkerungen sowie die Auswirkungen auf innerafrikanische Mobilitäts- und Entwicklungsprozesse werden dabei kaum berücksichtigt.



Dr. Inken Bartels ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Aktuell arbeitet sie in dem Projekt „ExiTT: Exit – Transit – Transformation“ zu Migrationsprozessen in und aus Westafrika sowie im Fachgebiet Migration und Gesellschaft.

Koloniale Vorgeschichte aktueller Flucht- und Migrationsbewegungen am Beispiel Afrikas

Serge Palasie, Eine Welt-Netz NRW

Kaum ein Tag vergeht seit 2015 – dem Jahr der sogenannten „Flüchtlingskrise“ – an dem nicht über das Thema Flucht in Medien und Politik gesprochen wird. Selbst das Wiedererstarken rechter Parteien in Europa wäre ohne die steigenden Zahlen von Migrant*innen und Geflüchteten so kaum denkbar. Auch die etablierten Parteien befassen sich mit dem Thema: Neben der effektiveren Sicherung der EU-Außengrenzen geht es darum, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Was

meinen Medien und Politik, wenn sie von Fluchtursachen sprechen? Die Genfer Flüchtlingskonvention gibt einen Anhaltspunkt, wenn es medial darum geht, wer eine Bleibeperspektive hat und wer nicht. Die in ihr anerkannten, eher individuellen Fluchtgründe – etwa Verfolgung aufgrund von politischer oder religiöser Überzeugung oder wegen des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung – garantieren theoretisch ein Recht auf Schutz.



Geschichte und Gegenwart auf einem Bild: Fischerboot vor der ehemaligen Sklaveninsel Gorée (Senegal). Immer öfter bedrohen transnationale Fischerei-Konzerne die Existenz lokaler Fischer. Einige „satteln“ notgedrungen um und werden „Schlepper“. Copyright: Serge Palasie

Für Geflüchtete gilt, die aus (Bürger-)Kriegsgebieten Richtung EU flüchten. De facto wurde die Konvention aber zunehmend nach Ende des Ost-Westkonflikts ausgehöhlt. Die ganzen Dublin-Verfahren, die vorsehen, dass Geflüchtete dort Asyl beantragen, wo sie erstmals europäischen Boden betreten haben, machen es selbst dieser vergleichsweise kleinen Gruppe der nach Europa migrierenden oder fliehenden Menschen schwer. Dass Flüchtlingsboote nicht erst das Mittelmeer verlassen, um dann über die Atlantikküste Richtung Nordsee zu gelangen und etwa die Elbe stromaufwärts Hamburg ansteuern, leuchtet den meisten ein.

Die größte Gruppe der Migrant*innen und Geflüchteten hat in der Regel keine Bleibeperspektive. Ihr wird quasi pauschal unterstellt, dass sie keine wirklichen Gründe habe, ihre Heimat zu verlassen. Despektierlich werden solche Migrant*innen oft als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet. Ihre Migration – so die Unterstellung weiter – sei nichts anderes als der Versuch, einer hausgemachten Notlage zu entfliehen und von unseren Errungenschaften zu profitieren. Zu diesen Errungenschaften gehören unter anderem unser hoher Lebensstandard sowie der Sozialstaat. Neben diesen Geflüchteten haben auch die oft als Klimaflüchtlinge bezeichneten Menschen kaum eine Bleibeperspektive. Die Auswirkungen des Klimawandels sind bis heute kein anerkannter Fluchtgrund. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Dies soll kein Appell für ein Bleiberecht für alle werden. Vielmehr sollen hier Zusammenhänge dargestellt werden, auch weil die zunehmend vom rechten Parteienspektrum getriebene Politik hier viel zu wenig tut.

Aber wo müssen wir beginnen, um Fluchtursachen wirklich vollständig zu erfassen? Um zu verstehen, warum es eine dermaßen deutliche Perspektivenungleichheit in der Welt gibt, reicht es nicht, dass wir 20 bis 30 Jahre zurückgehen. Wir müssen uns die Kolonialgeschichte anschauen. Denn damals schufen auch wir uns unseren „Platz an der Sonne“ (den Ausdruck prägte Bernhard von Bülow 1897, damals im Auswärtigen Amt). Der spätere Reichskanzler sagte aber auch, dass man dabei „niemand in den Schatten stellen“ wolle. Wen meinte er damit? Wohl nicht die damaligen kolonialen Untertanen. Es ist davon auszugehen, dass nicht andere Kolonialmächte düpiert werden sollen. Diese anderen Kolonialmächte – vor allem Großbritannien, Frankreich oder aber auch die Niederlande, Portugal und Spanien – schufen lange, bevor sich Deutschland nach dem gewonnenen Krieg gegen Frankreich 1870/71 zur Großmacht aufschwang, eine transatlantische Wirtschaftsordnung, die ohne die größte Zwangsmigration der Geschichte gar nicht möglich geworden wäre. Im Rahmen dieses transatlantischen Versklavungssystems wurde eine beispiellose Umverteilung initiiert, deren Folgen bis heute relevant sind. Die Gewinne aus diesem System waren immens und schoben auch die kapitalintensive Industrialisierung an. Über die Jahrhunderte dieses Versklavungssystems entstand auch ein ökonomisch motivierter Rassismus, der die Idee von ethnisch homogenen Nationen ermöglichte.

Die Industrialisierung schuf eine „globale Arbeitsteilung“, die im Kern bis heute besteht. Insbesondere Afrika war und ist betroffen. Der Reichtum an agrarischen und mineralischen Rohstoffen sorgte dafür, dass Afrika im Fokus externer Mächte blieb. Es entstand auf der einen Seite eine kapitalintensive, zunehmend diversifizierte weiterverarbeitende Industrie mit einer hohen Wertschöpfung. Auf der anderen Seite standen die Lieferanten nahezu vollständig unverarbeiteter Rohstoffe. Dass dieses System relativ einfach etabliert werden konnte, ist ohne die Jahrhunderte des transatlantischen Versklavungssystems nicht erklärbar: In dem Maße, in dem die entstehende westliche Welt über zusätzliche Kapazitäten verfügte, in dem Maße gingen sie Afrika verloren. Nur eine kleine

Elite vor Ort profitierte bzw. profitiert. Der geschaffene Rassismus rechtfertigte die koloniale Einverleibung Afrikas. Unter dem Vorwand der Zivilisierung wurde Afrika ökonomisch in den Weltmarkt eingespannt – auch als Absatzmarkt für industrielle Produkte.

Aber das eingefädelte Muster endete nicht mit dem Ende der Kolonialzeit. Zum Teil wurde es erst nach dem Ende der Kolonialzeit richtig lukrativ – auch, weil die Kosten für Verwaltung, Infrastruktur etc., die eine offizielle Kolonialmacht hatte, weitestgehend wegfielen. EU-Zollpolitiken, die nach wie vor die Einfuhr von unverarbeiteten Rohstoffen begünstigen, während sie weiterverarbeitete Produkte mit hohen Einfuhrzöllen belegen, zementieren die Arbeitsteilung in vielen Fällen und be- oder verhindern weiterverarbeitende Industrien in Afrika. So entstehen keine Perspektiven.

Doch es gibt begrüßenswerte Ansätze der Entwicklungspolitik, wie die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs), die Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten verringern wollen. Auch die Weltdekade für Menschen afrikanischer Abstammung (2015-24) will die historische bedingte globale Schieflage überwinden. Eine zu geringe finanzielle Ausstattung und eine vielfach fehlende Verbindlichkeit erschweren aber den Weg zum Erfolg. Gleichzeitig werden Freihandelsabkommen verhandelt, die historische bedingte Schieflagen eher ausbauen als überwinden helfen – so die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA, engl. EPA), in denen die EU den Freihandel mit Staaten in Afrika, der Karibik und im Pazifik weiter ausbauen will. So sollen etwa Einfuhrzölle für europäische Erzeugnisse weiter gesenkt werden. Dies verhindert, dass Industrien entstehen oder kann entstehende Industrien empfindlich treffen. Perspektivlosigkeit – also Fluchtursachen – bekämpft die Politik so nicht. Wenn wir wollen, dass Menschen nicht fliehen müssen, dürfen wir die historischen Voraussetzungen und Kontinuitäten nicht länger ignorieren. Wenn wir despektierlich von Wirtschaftsflüchtlingen sprechen, die „leider“ keine Bleibeperspektive haben, dann müssen wir selbst ein wenig aus der Sonne raus. Unser Platz an der Sonne wäre dann nicht weg. Aber diejenigen im Schatten hätten endlich wieder mehr Sonnenlicht. Machbar wäre das. Aber sind wir – also die Gesellschaft als Ganzes – dazu wirklich bereit?



Serge Palasie ist Eine Welt-Promotor für Flucht, Migration und Entwicklung in Düsseldorf. In seiner Arbeit befasst er sich mit den Themen Fluchtursachen, historische Hintergründe und Politikkohärenz. U.a. kuratierte er die Ausstellung „Schwarz ist der Ozean“.

AUSSTELLUNGSTIPP



Ausstellung: „Schwarz ist der Ozean – Was haben volle Flüchtlingsboote vor Europas Küsten mit der Geschichte von Sklavenhandel und Kolonialismus zu tun.“ *Weitere Infos* www.eine-welt-netz-nrw.de/ausstellungen/flucht



PARTNERSCHAFT AUF AUGENHÖHE?

Afrika endlich ernst nehmen!

Prof. Dr. Robert Kappel, Nico Beckert

Stellen wir uns folgendes Szenario vor: Nigerias Präsident Muhammadu Buhari schaut auf seinem Europabesuch für 24 Stunden in Deutschland vorbei. Er diskutiert hier mit Bundeskanzlerin Angela Merkel seine neusten Pläne gegen den Dieselskandal und die zunehmende Kinderarmut. Zwei Monate später stellt Nigerias Wirtschaftsminister seine Strategien zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa vor. Die deutsche Politik würde höflich zuhören, aber betonen, dass deutsche Politik in Deutschland gemacht wird.

Seit dem sogenannten Flüchtlingsommer von 2015 überbieten sich deutsche Ministerien mit Afrikaplänen. Aus dem BMZ kam der Marshallplan mit Afrika, aus dem Finanzministerium die Compacts with Africa, aus dem Wirtschaftsministerium die Initiative Pro! Africa und die Afrikastrategie des Bildungsministeriums wurde kürzlich erneuert. Zusätzlich verabschiedete die Bundesregierung ein Eckpunktepapier zur "Wirtschaftliche[n] Entwicklung Afrikas". Das Überwinden von Fluchtursachen ist dabei zu einem Mantra in der deutschen Afrikapolitik geworden.

Wir wollen an dieser Stelle für einen Paradigmenwechsel in der deutschen Afrikapolitik werben: Weg vom Helfermodus und der Vorstellung wir wüssten im Globalen Norden, welcher exakter „Entwicklungszutaten“ es bedarf - hin zur Schaffung eines ermöglichenden internationalen Umfelds. Denn die Erkenntnis von Entwicklungsexpert*innen ist ganz eindeutig: Entwicklung muss von innen vorangetrieben werden. Sie kann von außen lediglich Unterstützung erfahren. Beispielsweise sollte sich die deutsche Politik in den Bereichen Entwicklung, Handel und Finanzen darauf konzentrieren, auf internationaler Ebene einen Rahmen zu setzen, der den afrikanischen Staaten die notwendigen politischen Handlungsspielräume für ihre wirtschaftliche und infolge dessen auch soziale Entwicklung ermöglicht.

Fairer Handel

Die überfällige Reform der Handelspolitik der Europäischen Union erfordert die Aussetzung der sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA, engl. EPA) – Frei-

handelsabkommen, die Europa seit mittlerweile 16 Jahren mit afrikanischen Staaten verhandelt. Derzeit ist lediglich das regionale WPA mit (einigen) Staaten der SADC-Region (Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas) in Kraft. Zudem gibt es mehrere Interim-WPAs mit Einzelstaaten, beispielsweise mit Ghana, der Elfenbeinküste, Kamerun und Simbabwe, die schon vorläufig in Kraft getreten sind.

Die WPAs garantieren den afrikanischen Vertragsstaaten zollfreien Zugang zum EU-Markt (obwohl viele afrikanische Staaten diesen zollfreien Zugang schon haben), verlangen aber einen Zollabbau auch auf afrikanischer Seite. Durch die von der EU-Kommission verlangte Marktöffnung drohen afrikanische Unternehmen und Kleinbäuer*innen und -bauern durch Importe noch weiter marginalisiert zu werden. Zudem werden regionale Märkte zerstört. Gelingt es der EU, einen Staat zur Ratifizierung eines WPAs zu überreden, können EU-Produkte über dieses „Einfallstor“ auch zollfrei in die Nachbarstaaten innerhalb eines regionalen Wirtschaftsbündnisses exportiert werden. Dadurch drohen auch dort günstige europäische Produkte die Absatzchancen für einheimische, teurere Produkte zu zerstören.

Afrikanische Staaten, Gewerkschaften und NRO lehnen die WPA in ihrer jetzigen Form größtenteils ab. So kritisierte beispielsweise Tansanias Präsident John Magufuli 2017 die Abkommen als eine „neue Form des Kolonialismus“. Aufgrund dieser Ablehnung hat die EU in den Verhandlungen um die WPAs Druckmittel angewendet. Sie drohte damit, den zollfreien Zugang zum europäischen Markt für afrikanische Produkte einzuschränken, was gravierende Auswirkungen für afrikanische Industrien hätte. Kenia beispielsweise hat sich diesem Druck gebeugt, da es Angst um seine Schnittblumen- und Bohnenexporte hatte.

Viele afrikanische Staaten fordern, um sich entwickeln und wettbewerbsfähige Industrien und Agrarwirtschaften aufbauen zu können, einen Außenschutz. Damit möchten sie beispielsweise Infrastrukturdefizite, fehlende unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit oder geographische Herausforderungen (wie fehlende Meereszugänge) ausgleichen. Neben dem Zollschutz würden die afrikanischen Staaten bei Ratifizierung der WPAs weitere industriepolitische Instrumente verlieren. Sie könnten den Rohstoffexport nicht mehr besteuern oder die Menge der Rohstoffexporte beschränken. Ebenso dürften sie ausländischen Investoren weniger Vorgaben über die Nutzung afrikanischer Waren und Dienstleistungen machen. Diese Maßnahmen könnten aber Anreize schaffen, um Rohstoffe im Förderland weiter zu verarbeiten und Arbeitsplätze zu schaffen.

Durch staatlich orchestrierte Schutz- und Unterstützungsleistungen für ihre einheimische Landwirtschaft und zum Aufbau von Industrien würden die afrikanischen Staaten keinen Sonderweg einschlagen, sondern sich ein Beispiel an den erfolgreichen Industrialisierungsprozessen in den USA, Deutschland, Japan, Südkorea oder jüngst China nehmen. Alle diese Staaten konnten erst einheimische Industrien aufbauen, bevor sie ihre Wirtschaft für den Weltmarkt geöffnet haben. Auch das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) fordert in einem von Entwicklungsminister Müller angefragten Papier, dass es den afrikanischen Staaten möglich sein müsse, „Teile der eigenen Wirtschaft vorübergehend vor dem übermächtigen internationalem Wettbewerb zu schützen“ (hier).

Entwicklungsfinanzierung

Auch bei der Entwicklungsfinanzierung drehen sich die Debatten viel zu häufig darum, wie wir von außen helfen können. Das Ziel, 0,7 Prozent des deutschen Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden ist löblich. Die Politik sollte jedoch auch das internationale Umfeld so gestalten, dass afrikanische Staaten ihre Einnahmen eigenständig erhöhen können. Beispielsweise verlieren afrikanische Staaten jährlich eine geschätzte Summe zwischen 30 und 100 Milliarden Euro an potenziellen Staatseinnahmen infolge von Steuerflucht.

Auf internationaler Ebene dürfte Deutschland nicht mehr bei der Bekämpfung der Steuerflucht bremsen. Vielmehr sollte sich die deutsche Politik für eine Einbeziehung der Länder des Südens im Kampf gegen die Steuerflucht einsetzen – also einer Verlagerung dieses Themas von der OECD hin zur UN. Auch auf nationaler Ebene könnte Deutschland endlich afrikanische Länder am Informationsaustausch über Steuerdaten teilhaben lassen, statt die Steuerbehörden Afrikas weiter im Dunkeln tappen zu lassen.

Deutschland und Europa als fairer Akteure gegenüber Afrika

Der gegenwärtige öffentliche Diskurs zur Afrikakooperation ist stark von Flucht und Migration bestimmt. Flucht und Migration sind nur Symptome tieferliegender Probleme: Daher brauchen wir dringend einen Paradigmenwechsel in unserer Afrikapolitik. Wir müssen weg von kleinteiligen Afrikaplänen, die Entwicklung von außen vorantreiben wollen. Stattdessen sollten wir Afrikas Agenden zur Industrialisierung und zur Entwicklung ernst nehmen. Wir sollten lernen zu antizipieren, wohin die große Transformation in Afrika geht, d.h. Regionalisierungs- sowie Industrialisierungsbestrebungen und afrikanische Entwicklungspläne durch ein ermöglichendes internationales Umfeld unterstützen.



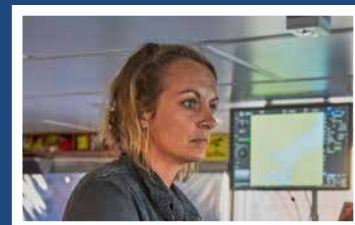
Prof. Dr. Robert Kappel war von 1996-2004 Professor am Institut für Afrikanistik der Universität Leipzig; er leitete den Arbeitsbereich "Politik und Wirtschaft". Von 2004-2011 ist Robert Kappel Präsident des GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg gewesen. Im Oktober 2011 trat er in den Ruhestand.



Nico Beckert ist freier Journalist und beschäftigt sich mit Entwicklungspolitik mit Aufhalten in Botswana und Namibia. Seine Schwerpunkte sind Handelspolitik, Steuervermeidung und die Analyse der deutschen Afrikapolitik. Über entwicklungspolitische Themen berichtet er auch auf seinem Blog zebralogs.wordpress.com.

Was richtig und was wichtig ist ...

Pia Klemp (35) ist seit September 2017 in der Seenotrettung aktiv. Bevor sie mit der Sea-Watch 3 in See stach, war sie Kapitänin der Luventa von Jugend Rettet. Sie ist eine von zehn Crewmitgliedern gegen die wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung in die EU ermittelt wird.



Wie viele Menschen habt ihr bei euren Einsätzen aus dem Mittelmeer gerettet?

Sea-Watch war bis heute an der Rettung von über 37.000 Menschen beteiligt. Vielen Menschen bleibt nichts anderes als die gefährliche Route über das zentrale Mittelmeer zu wählen, um ihr Menschenrecht auf Asyl wahrnehmen zu können. Es gibt skandalöserweise keine legalen und sicheren Einreisewege in die EU.

Die Boote über das zentrale Mittelmeer legen von der libyschen Küste ab. Wenn die Leute in Libyen ankommen, sind sie Menschenhändlern, Schmugglern und verschiedenen Milizen ausgesetzt, die sie ausnehmen, foltern oder monatelang in Konzentrationslagerähnlichen, sogenannten Detention Camps unterbringen, bevor sie sie auf die seeuntauglichen Boote zwingen - teilweise unter Waffengewalt (s. Infobox).

Diese Boote geraten dann in Seenot. Trotzdem dürfen viele Schiffe der zivilen Seenotrettung in den letzten Monaten die Häfen nicht verlassen. Wie steht es um Dein Schiff?

Die Sea-Watch 3 wurde über drei Monate unter fadenscheinigsten Begründungen und durch Beamtenwillkür im Hafen von Valletta (Malta) festgehalten. Seit rund zwei Wochen ist das Schiff jetzt wieder frei (Stand 14.11.18). Es ist nun in Korsika, um sich auf die nächste Mission vorzubereiten.

Wer rettet gerade die Menschen, die sich weiterhin in Schlauchbooten setzen (müssen)?

Im Moment ist es furchtbar im südlichen, zentralen Mittelmeer. Alle staatlichen Schiffe, seien es Küstenwächter oder europäische Militärschiffe, haben ihre Positionen immer



weiter in den Norden verlagert. Sie wollen nicht in die Situation kommen, Menschen aus der Seenot retten zu müssen. Die Handelsschiffahrt umgeht diese Route schon seit Längerem, vor allem nachdem die EU das Retten von Flüchtlingen und Migranten kriminalisierte. Wir hören vermehrt von Fällen, in denen Handelsschiffe absichtlich einen großen Bogen um Boote fahren, selbst wenn diese offensichtlich in Seenot sind, um danach keinen Stress in europäischen Häfen zu bekommen.

Gleichzeitig unterstützt die EU mit Abermillionen von Euros und Schiffen die sogenannte libysche Küstenwache. Das sind letztendlich Milizen, die in Uniformen gesteckt werden. Sie werden von der EU dafür bezahlt, die Leute bereits in libyschen Gewässern abzufangen. Entgegen der Menschenrechte und entgegen der Genfer Konvention werden die Flüchtenden wieder zurück in die Lager in Libyen gesteckt.

In den letzten Monaten konnte man medial verfolgen, wie der privaten Seenotrettung zunehmend Steine in den Weg gelegt wurden. Wie hast du diesen Prozess wahrgenommen?

Im August letzten Jahres war ich Kapitänin auf der Luventa, als sie in Lampedusa von den italienischen Behörden beschlagnahmt wurde. Alle sogenannten Beweise, die dafür benutzt worden sind, waren komplett an den Haaren herbeigezogen und konnten mittlerweile widerlegt werden. Das Schiff ist aber immer noch beschlagnahmt.

Auf meinen weiteren Missionen auf der Sea-Watch 3 wurde uns die Arbeit schwer gemacht. Beispielsweise bekamen wir keine sicheren Häfen genannt, sodass wir tagelang mit hunderten Menschen im schlimmen Zustand auf See verbringen mussten. Wir konnten keinerlei Hilfe oder Kooperation von den europäischen Staaten erwarten.

Gleichzeitig bin ich eine von zehn der Ex-Luventa-Crew gegen die die italienische Staatsanwaltschaft wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung in die EU ermittelt.

Seenotrettung ist eine völkerrechtliche Pflicht. Was wird dir bzw. euch vorgeworfen?

Das zeigt, wie absurd und hanebüchen die Geschichte ist. Das Seerecht ist das oberste Gesetz: Wenn jemand in Seenot ist, muss er gerettet werden. Dann gibt es aber auch noch die Menschenrechte, das Internationale Völkerrecht und die Genfer Konvention. Letztere besagt ganz klar, dass ein Mensch in einem sicheren Land Asyl beantragen darf. Im Gegenteil, es ist nach der Konvention sogar illegal, diesen Menschen woanders hinzubringen. Nichtsdestotrotz wird uns vorgeworfen, dass wir dazu beigetragen hätten, dass Menschen illegal in die EU eingereist sind. Was natürlich nicht stimmt.

Das bedeutet für deinen Einsatz, dass Du auf deinen Gerichtsprozess warten musst?

Genau. Es geht aber nicht nur um uns zehn, gegen die dort ermittelt wird. Für uns ist das ein politischer Auftrag: Wir möchten zeigen, was an den EU-Außengrenzen passiert. Wir kämpfen gegen ein faschistoides Europa, und für legale und sichere Einreisewege für Menschen auf der Flucht.

Es lässt sich eine Parallele ziehen zu dem weltweiten Phänomen der „Shrinking Spaces“. Dabei gerät die Zivilgesellschaft zunehmend durch Repressionen unter Druck. Wie wehrt ihr euch gegen die Kriminalisierung?

Wir stützen uns gegenseitig und versuchen die Motivation oben zu halten. Das alles bringt große Einschränkungen mit sich, sowohl persönlich als auch bei der Arbeit, die wir machen wollen. Wir versuchen den Kampfgeist zu behalten und weiter für das aufzusteigen, was richtig und was wichtig ist.

Wie können euch Menschen unterstützen?

Jeder Mensch sollte politisch aktiv werden und auf die Straße gehen für etwas, was für uns alle wichtig sein sollte. Um uns konkret zu unterstützen, können die Leute auf unserer Website solidarity-at-sea.org gehen. Dort können sie sich über unseren Fall informieren und dort finden sie dann auch unser Spendenkonto. Leider kostet es viel Geld gegen diese Schikanen anzukämpfen und diesen auch medial und politisch entgegen zu wirken.

Was muss die europäische Politik tun, damit eure Arbeit nicht mehr notwendig ist?

Sie muss zu ihren vielbeschworenen Menschenrechten und allem, was damit verbunden ist, stehen. So wie die europäische Politik gerade läuft, ist es ein Abschotten, ein Verleugnen von Rechten für Leute, denen man diese Rechte einfach nicht geben will. Aber Menschenrechte sind nur dann etwas wert, wenn sie wirklich für alle Menschen gelten und nicht nur für privilegierte EU-Pass-Inhaber*innen.

Vielen Dank für dein Engagement und das Gespräch.

INFO

DETENTION CAMPS/CENTRES HAFTZENTREN

Nach libyschem Recht werden alle Menschen, die illegal einreisen oder sich ohne Visum in Libyen aufhalten, kriminalisiert, ohne Rücksicht auf Schutzbedürftigkeit nach internationalen Abkommen. Somit werden auch Geflüchtete und Asylbewerber*innen in den Haftzentren auf unbestimmte Zeit festgehalten.

Dem Innenministerium von Libyen unterstehen bis zu 35 offizielle Haftzentren. UNHCR berichtete 2017 von unmenschlichen Zuständen in den Lagern. Darüber hinaus gibt es inoffizielle von Milizen geführte Einrichtungen, die nicht von internationalen Organisationen besucht werden dürfen.

Weitere Informationen: Amnesty Bericht Libyen-EU-Migrationskooperation, 2017

Sturmfestes Niedersachsen?

Das Meer wird kommen. Was klingt wie der Titel eines schlechten Spielfilms wird aufgrund des Klimawandels bis Ende des Jahrhunderts an der Küste Niedersachsens eintreten. Der Weltklimarat IPPC prognostiziert bis Ende dieses Jahrhunderts einen weltweiten Anstieg des Meeresspiegels zwischen 26 und 82 Zentimeter.

Auch der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) geht bereits jetzt bei der Genehmigung von Deicherbauten von einem Anstieg des mittleren Tidehochwassers von 50 cm aus. Im Jahr 2018 gab das Land Niedersachsen 61,6 Millionen Euro für seinen Küstenschutz aus. Insgesamt gilt es mehr als 1.000 Kilometer Deiche an den Küsten, an den Flussmündungen und auf den Inseln zu sichern. Niedersachsen verfügt über finanzielle Mittel und die Technik, um das Wasser fernzuhalten. Anders sieht das im Globalen Süden aus. Bis 2050 könnten allein in Bangladesch laut IPPC 27 Millionen Menschen vom ansteigenden Meeresspiegel bedroht sein.

Folgen des Klimawandels – wie Dürren bis hin zu Wüstenbildung und Waldbränden, Starkregenfälle, Gletscherschmelze und eben der Meeresspiegelanstieg – zwingen schon heute Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Eine Studie der Weltbank schätzt, dass es in den nächsten 30 Jahren über 140 Millionen Menschen in Südasien, Lateinamerika und Subsahara-Afrika sein könnten. Auch wenn die Gründe für Migration oft multikausal sind, belegen Studien, wie der Klimawandel und andere Fluchtursachen zusammenhängen. So kann er zum Beispiel Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen und Staaten verschärfen und somit zum Ausbruch (von Bürger-)Kriegen beitragen.

Die Prognosen der Klimaforscher*innen stützen sich auf Emissionsraten von Treibhausgasen, die einen erheblichen Einfluss auf die globale Erwärmung haben. Das Bundesumweltministerium gab bekannt, dass in Deutschland 2017 nur knapp 0,5 Prozent weniger Treibhausgase freigesetzt wurden als im Vorjahr. Damit wird Deutschland das nationale Klimaschutzziel 2020 – seine Emissionen gegenüber 1990 um 40 Prozent zu senken – nicht einhalten können. Während die Emissionen im Energiebereich sinken, steigt der CO₂-Ausstoß des Verkehrs und die Emissionen der Landwirtschaft stagnieren.

Niedersachsen hat die höchste landwirtschaftliche Produktion in Deutschland. Dabei ist die Landwirtschaft stark

agrarindustriell geprägt. Drei Viertel der Betriebe halten Tiere. Die Dürre im vergangenen Sommer hat uns auch in Niedersachsen vor Augen geführt, welche Herausforderung der Klimawandel bei der Nahrungsmittelproduktion birgt. Die Landwirtschaft ist aber nicht nur Leidtragende sondern auch Mitverursacherin des Klimawandels: Sie ist für 14 Prozent der anthropogenen Treibhausgasemission verantwortlich. So entsteht bei der Viehzucht Methan, und aus künstlich gedüngten Böden entweicht Lachgas. Die meisten Emissionen aber sind eine Folge der Änderung der Landnutzung, z. B für den Futtermittelanbau für die steigende Fleischproduktion.

Europas führender Importwarenhafen für Futtermittel liegt in Brake, Niedersachsen. Von hier gelangt ein großer Teil der fast sieben Millionen Tonnen Sojaprodukte, die Deutschland jährlich importiert, direkt in die Futtertröge der Massentierhaltung der Weser-Ems-Region. Diese gigantischen Mengen kommen überwiegend aus Süd- und Nordamerika. In Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay bauen große Unternehmen Gen-Soja an. Dafür werden Regenwälder abgeholzt, massenhaft Pestizide eingesetzt und Kleinproduzent*innen vertrieben. Niedersächsische Exporte, wie Milchpulver oder Geflügelteile, zerstören ebenfalls Existenzen von Kleinproduzent*innen in Westafrika.

Die Auswirkungen der hiesigen Landwirtschaft zeigen beispielhaft, wie unsere Produktion, unser Konsum und unsere Politik in Niedersachsen sich auf Lebensbedingungen im Globalen Süden auswirken. Deshalb sieht der VEN die Landespolitik in der Pflicht, globale Auswirkungen stärker in den Blick zu nehmen und einen Beitrag zur Minimierung von Fluchtursachen zu leisten. Dafür sind ein Umdenken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie ein verantwortungsbewusster Umgang mit den natürlichen Ressourcen notwendig.

DER VEN FORDERT:



- Wirtschafts-, Finanz-, Agrar-, Handels-, und Klimapolitik so zu gestalten, dass sie einen Beitrag zum Schutz der ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen aller Menschen leisten, z. B. durch
 - ein Moratorium der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit afrikanischen Ländern,
 - ein ambitioniertes, internationales Vorgehen gegen Steuerflucht,
 - den Ausbau erneuerbarer Energien und nachhaltiger Ressourcennutzung, Know-How- und Technologietransfer in die Länder des Globalen Südens und Stopp des Baus neuer Kohlekraftwerke,
 - Förderung von Agrarökologie und Reduzierung von Fleischkonsum und -produktion,
 - Durchsetzung von Menschenrechten in globalen Lieferketten, (vgl. auch VEN Positionen 1/2018)
 - Maßnahmen gegen Ressourcenraub in Form von Landgrabbing und Überfischung durch Staaten oder internationale Konzerne.
- die Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN (SDGs) auf allen politischen Ebenen konsequent umzusetzen, Instrumente sind hierfür u. a. die Umsetzung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie sowie der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Niedersachsen sowie die Orientierung des Landeshaushaltes an den SDGs,
- eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit afrikanischen Ländern zu befördern und gemeinsam den Aufbau von Wertschöpfungsketten in Afrika voranzutreiben,
- die Expertise von Migrant*innen und Geflüchteten in der Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen,
- Entwicklungsgelder nicht für die Aufrüstung des Grenzschutzes in Afrika zweckzuentfremden und die Zusammenarbeit mit Diktaturen und Unrechtsregimen zur „Migrationskontrolle“ sofort zu beenden,
- Instrumente der zivilen Konfliktprävention und Demokratieförderung zu unterstützen und Rüstungsexporte zu beschränken,
- legale und gefahrenfreie Wege nach Europa zu ermöglichen und Seenotretter*innen nicht zu kriminalisieren,
- die Menschenrechte von Schutzsuchenden und Migrant*innen zu wahren, das individuelle Recht auf Asyl zu gewährleisten und ein gemeinsames europäisches Schutzsystem zu schaffen, in dem rechtskonforme Asylverfahren, menschenwürdige Aufnahme und innereuropäische Solidarität im Mittelpunkt stehen,
- die komplexen Zusammenhänge von globaler Ungleichheit und Flucht in der öffentlichen Diskussion und der Bildung darzustellen und Rassismus und Diskriminierungstendenzen entgegenzuwirken.



Armut, aber auch europäische Agrarsubventionen, internationale Handelsstrukturen, korrupte Regierungen oder auch der Klimawandel als zentrale oder primäre Fluchtursache beschrieben. Bei einer kritischen Überprüfung von Seiten der Wissenschaft wird deutlich, dass die Ursachen von Flucht und irregulärer Migration sehr vielschichtig und komplex sind, und es keinen Sinn macht, einzelne Faktoren unabhängig von den anderen zu erklären.

Drittens – und dies ist wiederum die logische Konsequenz aus den anderen beiden Narrativen – wird in der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung parteiübergreifend betont, dass jetzt gehandelt werden müsse. „Fluchtursachenbekämpfung“ als Jahrhundertaufgabe sozusagen. Die Entwicklungszusammenarbeit müsse „Bleibeperspektiven“ schaffen, damit potentielle Migrant*innen sich gar nicht erst auf den gefährlichen Weg Richtung Europa machen müssen. Dabei ist diese Idee und auch die Begrifflichkeit „Fluchtursachenbekämpfung“ gar nicht so neu. Bereits in den frühen 1990er Jahren tauchten im Rahmen der damaligen Fluchtbewegungen Begriff und Konzept auf, verschwanden dann aber recht schnell wieder aus dem developmentpolitischen Diskurs analog zu den rasch sinkenden Flüchtlingszahlen in Deutschland nach dem sogenannten „Ayslkompromiss“ von 1993.

Die Stunde der Entwicklungspolitik?

Ohne Zweifel hat die Entwicklungspolitik in den letzten Jahren im Kontext der Fluchtursachendebatte einen großen Bedeutungsgewinn erlebt. Der ehemalige Ministerialdirektor im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Michael Bohnet, sprach in diesem Zusammenhang einmal von der „Stunde der Entwicklungspolitik“. Dieser Bedeutungsgewinn der Entwicklungspolitik hat der deutschen Entwicklungszusammenarbeit einen sehr deutlichen Mittelzuwachs beschert. Nachdem sie vorher jahrelange eher stagnierten, sind nach OECD-Angaben die deutschen Official Development Aid (ODA)-Mittel von 12.5 Mrd. US\$ im Jahr 2013 auf 23.8 Mrd. US\$ im Jahr 2017 angewachsen. Dies entspricht einem Wachstum von stolzen 91 Prozent. Im selben Zeitraum sind die Gesamt-ODA-Mittel nur etwa um 19 Prozent angestiegen. Allerdings werden von Deutschland und anderen Ländern durchaus hier auch die „inländischen“ Kosten der Flüchtlingsversorgung hier mitangerechnet.

Das (eigentliche) Ziel der Entwicklungszusammenarbeit war es schon immer, Lebensumstände der Menschen vor Ort zu verbessern, um so einen Beitrag zu leisten, Flucht und irregulärer Migration – aber nicht Migration insgesamt – vorzubeugen. Jetzt ist es sicherlich nicht notwendig, die bestehende Entwicklungszusammenarbeit komplett neu zu erfinden – das ist bei Betrachtung des gegenwärtigen deutschen Portfolios auch gar nicht vorgesehen. Trotzdem müssen zwei wichtige Aspekte beachtet bzw. intensiviert werden:

Der erste Aspekt findet sich glücklicherweise in der wohl wichtigsten der deutschen Entwicklungs- bzw. Afrika-Initiativen wieder, dem sogenannten „Marshall-Plan mit Afrika“. Dieser fußt neben der Säule „Wirtschaft, Handel und Beschäftigung“ auch auf den Säulen „Frieden, Sicherheit und Stabilität“ sowie „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte“. Die letzten beiden Aspekte sind sehr wichtig und zu begrüßen, denn, wie oben bereits erwähnt, sind die Ursachen für irreguläre Migration aus Afrika und auch aus anderen Erdteilen durchaus komplex. Meist handelt es sich um so genannte gemischte Wanderungen (englisch: mixed migration), bei denen sich klassische Migrationsmotive wie etwa die Suche nach besseren wirtschaftlichen Aussichten mit Flucht-

ursachen wie Konflikten, Repression oder schwacher Staatlichkeit mit all seinen negativen Begleiterscheinungen vermischen. Daher ist selbstverständlich, dass in der Entwicklungszusammenarbeit – aber auch darüber hinaus – weiterhin großen Wert auf Menschenrechte, Konfliktprävention, Demokratie und Good Governance gelegt wird.

Gerade die Europäische Union und viele ihrer Aktivitäten im Bereich Sicherheitskooperation und Grenzsicherung stehen hier in der Kritik, eben dies nicht ausreichend zu berücksichtigen. So stellte die EU 2.5 Milliarden Euro für Projekte zur Bekämpfung irregulärer Migration und zur Steuerung von Flucht- und Migrationsbewegungen zur Verfügung. Mit diesen Geldern werden sowohl klassische entwicklungspolitische Projekte gefördert, aber auch Trainings- und Ausbildungsprogramme für Grenz- und Polizeikräfte sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von sogenannten Schleusern. Ein Nachgeben bei Menschenrechten, Demokratie und Co. für kurzfristige Erfolge bei der „Migrationsabwehr“ kann aber langfristig genau das Gegenteil bewirken und die Flüchtlingskrisen von morgen mit herbeiführen.

Neue Möglichkeiten für Migration

Die entwicklungspolitische Adressierung von Flucht und irregulärer Migration bedeutet aber auch, dass der Bereich regulärer Migration stärker in den Blick genommen wird. Deutschland und andere europäische Länder werden bei ihrer Kooperation mit afrikanischen Ländern irgendwann nicht daran vorbeikommen, ein Stück weit neue Möglichkeiten bei der regulären Zuwanderung zu eröffnen. Und hier gilt es, diese Migrationsprozesse durch die Entwicklungszusammenarbeit mitzugestalten. Durch Qualifizierungsmaßnahmen, Sprachförderung usw. kann die Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass nicht nur Deutschland als Zuwanderungsland von dringend benötigten Arbeits- und Fachkräften profitiert, sondern auch die Migrant*innen, ihre Familien und ihre Herkunftsländer. Zudem sollte die Entwicklungspolitik sich verstärkt auch dem Thema der Süd-Süd-Migration widmen: Auch hier gilt es, negative Begleiterscheinungen von Migration (Menschenhandel, Arbeitsausbeutung, etc.) zu reduzieren und positive Aspekte (z.B. Finanz- und Knowhow-Transfers durch Migrant*innen) zu fördern.



Dr. Benjamin Schraven ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Seine Arbeitsgebiete sind Migration, Entwicklungspolitik, Umweltwandel, Migrationsgovernance, ländliche Entwicklung sowie Anpassung an den Klimawandel.



LESETIPP VEN-KOMMENTAR:

**„Marshallplan mit Afrika“ –
(K)ein Beginn einer neuen Partnerschaft?**

www.ven-nds.de/publikationen/ven-stellungnahmen

70 JAHRE! MENSCHENRECHTE FÜR ALLE!

Der 10. Dezember 1948 war ein historischer Moment. An diesem Tag wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von den Vereinen Nationen verabschiedet. Mit dieser Erklärung hat die Staatengemeinschaft jedem Menschen – weltweit – die gleichen Rechte zugesichert. Seit der Erklärung vor 70 Jahren ist viel erreicht worden – allerdings gibt es immer noch Staaten, die weit davon entfernt sind, die Grundsätze zu beachten, zu denen sie sich verpflichtet haben. Die kontroverse Debatte um den Migrationspakt zeigt jedoch, dass es auch heute nicht selbstverständlich ist, dass alle Staaten die Menschenrechte von Migrant*innen schützen wollen. **Deshalb setzen sich auch in Niedersachsen zahlreiche Engagierte für Menschenrechte für alle ein.**



Wir setzen uns für Menschenrechte ein, weil wir von unseren Partner*innen in Bosnien, der Ukraine, in Brasilien, in Südafrika, in Israel und anderswo wissen, was es konkret bedeutet, wenn Selbstverständlichkeiten bedroht sind: Frieden, Gerechtigkeit, Freizügigkeit, Freiheit.

Aktiv werden wir, indem wir in unserer Arbeit als Peer-Leader dieses Wissen, diese Erfahrungen weitergeben. Außerdem geben wir Motivation und Handwerkszeug weiter, damit andere junge Menschen sich aktiv engagieren und Menschenrechte verteidigen. Wir fragen sie nach ihren Visionen und Ansprüchen und vergleichen diese mit der Wirklichkeit.

Ostrhauderfehn
info@peerleader.org
www.peerleader.org



Die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" wurde am 10. Dezember 1948 angenommen, was nicht zuletzt



Wir setzen uns für Menschenrechte ein, weil es unerträglich ist, Menschen im Mittelmeer sterben zu lassen. Wir stehen für ein offenes Europa mit sicheren Häfen. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen auf der Flucht und erwarten von der deutschen und europäischen Politik sofort sichere Fluchtwege und eine Entkriminalisierung der Seenotrettung.

Wir setzen uns für Menschenrechte ein, weil sie grundlegend sind für ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Würde. Freiheitsrechte und die Affirmation der eigenen Würde standen am Ursprung des Aufstandes in Syrien. Der syrische Staat verwehrt sie Syrer*innen noch heute. Das muss sich ändern! Solange es Orte gibt, wo Menschenrechte keine praktische Gültigkeit haben, sind sie überall auf der Welt in Frage gestellt..

Wir setzen uns für Menschenrechte ein, weil wir deren Wahrung als besonders bedeutsam für eine erfolgreiche Integration von Migrant*innen und andere benachteiligten Gruppen ansehen. Dazu gehören das Recht auf Asyl, die Unantastbarkeit der Menschenwürde, Schutz vor Diskriminierung, Recht auf eine menschenrechtsorientierte Bildung, und das Recht auf politische Mitbestimmung.

Aktiv werden wir, indem wir Aktionen organisieren und Menschen mobilisieren auf die Straße zu gehen, um sich für Seenotrettung einzusetzen und auf die katastrophale Situation auf dem Mittelmeer aufmerksam zu machen. Vor Ort erreichen wir mit unseren Aktionen lokale Politiker*innen und setzen uns dafür ein, dass Region und Stadt Hannover zum sicheren Hafen werden.

Aktiv werden wir, indem wir Workshops für junge Syrer*innen organisieren, in denen wir über ethno-religiöse Grenzen hinweg in Dialog treten. Wir fördern demokratische Praktiken, Kompetenzen und stärken Teilhabechancen in Deutschland. Gleichzeitig tragen wir zum Capacity Building für eine Transformation in Syrien bei.

Aktiv werden wir, indem wir uns seit 1994 für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft einsetzen. Unsere Handlungsfelder sind: Unterstützung und Beratung bei Migrations- und Asylangelegenheiten, Förderung des interkulturellen Zusammenlebens, Abbau von Diskriminierung, Interkulturelle Bildung und Bildungsmaßnahmen zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe.

Hannover
seebruecke-hannover@riseup.net
facebook.com/dasistdergipfel

Hannover
info@diplomacitizen.com
www.diplomacitizen.com

Oldenburg
info@ibis-ev.de
www.ibis-ev.de

Eleanor Roosevelts diplomatischem Geschick zu verdanken war. Nach intensiven Verhandlungen verkündete sie um drei

Uhr früh, dass die Menschenrechtserklärung „für Millionen von Menschen Hilfe, Wegweiser und Inspiration“ sein würde.



Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen ist ein Zusammenschluss von über 140 Eine Welt-Initiativen und das Sprachrohr für Menschen, die sich in Niedersachsen für globale Gerechtigkeit einsetzen. Der VEN bietet eine Plattform zum Austausch und zur Vernetzung, berät seine Mitglieder vor Ort, qualifiziert mit Fortbildungen und Seminaren, koordiniert landesweite Kampagnen und Programme und stärkt damit zivilgesellschaftliches Engagement. Auf landespolitischer Ebene bringt der VEN globale Themen ein, wirbt für mehr Politikkohärenz und Verantwortung.

